

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

Braunschweiger Erklärung des Deutschlandtages

Beschlussvorlage des Bundesvorstandes der Jungen Union an den Deutschlandtag
vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Braunschweig

Präambel

Die Junge Union setzt sich aus jungen Menschen zusammen, die sich für ihre Heimat engagieren und wissen, was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bewegt. Es liegt an uns, Unionspolitik konstruktiv mitzugestalten und auch auf Missstände hinzuweisen. Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, können nur mit einer Politik aus einem Guss gelöst werden. Die Union muss daher auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene an einem Strang ziehen.

Das Braunschweiger Land im Jahr 2011

Die Union im Braunschweiger Land hat in den letzten Monaten, wie viele andere Verbände, bei den Kommunalwahlen um jede Wählerstimme gekämpft. Oft genug ist ihr dabei der Missmut der Wähler entgegen geschlagen. So geben beispielsweise in Braunschweig beinahe 70% der Bürger an, mit der Politik des CDU-Oberbürgermeisters zufrieden zu sein und in anderen Landkreisen gibt es Gemeinden, die seit Jahrzehnten CDU-regiert sind und kaum besser aufgestellt sein könnten. Trotzdem hat die CDU Wählerstimmen eingebüßt und erfolgreiche CDU-Politik vor Ort konnte nicht in entsprechende CDU-Stimmen umgewandelt werden. Schmerzhaft Niederlagen bei den Landtagswahlen zeigen, dass dieser Trend nicht regional ist. Aus diesem Grund muss jeder Verband, der seine Wahlziele nicht erreicht, eine ehrliche Aufarbeitung betreiben.

Wir Mitglieder der Jungen Union kleben bereits früh morgens Plakate, helfen mittags beim Info-stand aus und führen abends Hausbesuche durch. Viele von uns opfern in Wahlkampfzeiten einen großen Teil der Freizeit. Wir fordern deshalb, dass sämtliche anstehende Entscheidungen zunächst breit in der Partei diskutiert werden.

Das Braunschweiger Land und Europa

Die Stadt Braunschweig ist schuldenfrei, was durch verantwortungsvolle Fiskalpolitik möglich wurde und keiner Bad-Bank oder ausländischer Bürgschaften bedurfte. Wer Zukunft gestalten will, der braucht dafür den nötigen finanziellen Spielraum. Viele Gemeinden in Deutschland und die Mehrzahl seiner Einwohner handeln verantwortungsbewusst und sind in der Lage, nicht über ihre Verhältnisse zu leben. Gleiches sollte anderswo möglich sein. Die Einrichtung der Schuldenbremse auf

34 Bundesebene und die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der niedersächsischen Landesver-
35 fassung sind der richtige Weg. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden – eine Mög-
36 lichkeit ist eine Schuldenbremse auf kommunaler Ebene, wie jüngst vom Braunschweiger Oberbür-
37 germeister Dr. Gert Hoffmann (CDU) vorgeschlagen. Nachhaltiges Wirtschaften, d.h. Wirtschaften
38 ohne neue, zusätzliche Schulden und mit dem Ziel der Reduzierung der vorhandenen Schulden,
39 muss in Zukunft auf allen Ebenen Grundprinzip sein – in Kommune, Land, Bund und Europa. Der
40 Erfolg der Europäischen Union kann nur über eine solide Fiskalpolitik führen. Dort, wo ein solches
41 Wirtschaften in Europa noch nicht selbstverständlich ist, muss es mit größtem Nachdruck einge-
42 fordert werden. Eine Europäische Union, die bestehende Probleme durch Subventionierung und
43 Transferleistungen manifestiert, wäre hierfür der falsche Weg. Mittelfristig müssen die Transfer-
44 mechanismen, wie der Euro-Rettungsschirm, der europäische Regionalfond und Bereiche des
45 Agrarfonds auf ein sinnvolles Maß zurückgefahren werden. Es lässt sich den Menschen vor Ort
46 gegenüber nicht vertreten, wenn Milliardenhilfen an Menschen aus EU-Nehmerländern gehen, die
47 teils deutlich früher in Rente gehen können als Menschen aus EU-Geberländern und wenn Infra-
48 strukturprojekte, wie die „RegioStadtBahn“ in der Region Braunschweig, nicht zu finanzieren sind,
49 während die Steuergelder der Braunschweigerinnen und Braunschweiger ähnliche Projekte in Ost-
50 und Südeuropa finanzieren.

51 **Das Braunschweiger Land und seine Bürger**

52 Die Proteste rund um Stuttgart 21 haben gezeigt, dass Bürgerbeteiligung heute neue Wege gehen
53 muss. Die technischen Möglichkeiten durch das Internet, soziale Netzwerke usw. müssen auch zu
54 neuen Formen der Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation führen. Der Erfolg der Piratenpartei
55 bei den jüngsten Wahlen zeigt, dass die etablierten Parteien hier noch Nachholbedarf haben. Aber
56 auch bei den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgersprechstunden, Anhörungen,
57 Volksbegehren und Volksentscheiden etc. muss geprüft werden, ob sie nicht noch stärker genutzt
58 werden können. Auch das Wahlrecht muss dabei auf den Prüfstand – die Möglichkeit des Kumulie-
59 rens und Panaschierens wird bei Kommunalwahlen sehr gut angenommen, und oft profitieren da-
60 von auch Kandidaten der Jungen Union. Es ist zu prüfen, inwieweit diese Möglichkeit auch bei Lan-
61 des-, Bundes- und Europawahlen geschaffen werden könnte. Eine stärkere Personalisierung durch
62 offene Listen, wie etwa bei den Landtagswahlen in Bayern, könnte etwa bei Europawahlen zu einer
63 höheren Beteiligung und damit auch zu einer besseren Akzeptanz des Europaparlaments und der
64 Europäischen Union insgesamt führen. Die momentane Listenwahl ist ein Paradebeispiel dafür, wie
65 die Wahlbeteiligung und damit die Legitimität unserer Institutionen unter dieser Indirektheit lei-
66 det. Die Menschen im Braunschweiger Land haben den Unionskandidaten mehrheitlich gewählt

67 und mussten bisher immer feststellen, dass sein Listenplatz jeden Einzug ins EU-Parlament von
68 vorneherein verhindert hat.

69 **Das Braunschweiger Land und seine Wirtschaft**

70 Individuelle Mobilität für breite Bevölkerungsschichten ist eine bedeutende gesellschaftliche Er-
71 rungenschaft und bildet eine wichtige Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung. Heutzutage
72 wird das Thema „Mobilität“ durch die auf hohem Niveau verbleibenden Benzinpreise, KFZ-Steuern
73 und den Einstieg in die Produktion von Elektrofahrzeugen, der von allen politischen Parteien ge-
74 wollt und aus Umweltgründen geboten ist, in den Vordergrund gerückt. Durch die steigenden Kos-
75 ten erhält Mobilität damit aber auch zunehmend eine soziale Komponente und muss deshalb auch
76 unter sozialpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden. Die Bundesregierung hat mit der Vor-
77 gabe, im Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu bringen und ihrer
78 Absicht zum Leitanbieter in diesem entstehenden Markt zu werden, eine ambitionierte Vision auf-
79 gezeigt. Allerdings haben die Berichte der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) deutlich
80 gemacht, dass ohne massive flankierende soziale Maßnahmen von Seiten der Politik das Ziel der
81 Bundesregierung nicht erreicht werden kann. Steuersenkungen im Mobilitätsbereich sind zwin-
82 gend angebracht. Elektromobilität als eine neue Technologie muss massentauglich werden, sonst
83 ist sie zum Scheitern verurteilt. Aufgabe der politisch Verantwortlichen ist es deshalb nun, die Ver-
84 breitung der Elektromobilität in den unterschiedlichen Einkommensschichten durch entsprechen-
85 de Fördermaßnahmen voranzutreiben – vorzugsweise durch angemessene Steuersenkungsmaß-
86 nahmen.

87 Bei aller richtigen und notwendigen Förderung der Elektromobilität darf aber nicht vergessen wer-
88 den, dass die überwältigende Mehrheit der Fahrzeuge auch im Jahr 2020 noch einen Verbren-
89 nungsmotor haben wird. Treibstoff für Verbrennungsmotoren muss bezahlbar bleiben. Die heutige
90 Situation führt viele, gerade Familien, an ihre Belastungsgrenzen. Bei einem weiteren deutlichen
91 Anstieg der Treibstoffpreise muss der Gesetzgeber handeln und den hohen Steueranteil an den
92 Gesamt-Treibstoffkosten reduzieren. Da der Steueranteil zurzeit fast 60 % beträgt, hat der Staat
93 hier eine deutliche Stellschraube.

94 Energie ist nicht nur der entscheidende Faktor in der Mobilität, sondern auch in der Industrie. Das
95 Braunschweiger Land ist mit Volkswagen, MAN, der Salzgitter AG und vielen mittelständischen
96 Industrieunternehmen wie viele andere Regionen in Deutschland von sicherer und bezahlbarer
97 Energieversorgung abhängig. In der Energiepolitik muss ein gesundes Maß gefunden werden zwi-
98 schen Ökonomie und Ökologie. An oberster Stelle muss jedoch die Versorgungssicherheit stehen.
99 Die Bedeutung dieses Themas lässt keinen Spielraum mehr für ideologische Grabenkämpfe. Kon-

100 sequent müssen nun die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien
101 geschaffen werden. Dies heißt insbesondere Neubau und Ausbau von Speichern und Netzen. Klar
102 ist aber auch, dass der Atomausstieg nicht zum CO₂-Nulltarif zu haben ist. Der Zielkonflikt zwi-
103 schen Atomausstieg und Klimaschutz darf aber nicht zu Lasten der Industrie und damit auf Kosten
104 von Arbeitsplätzen gehen.

105 Neben Mobilität oder Energie ist gut qualifiziertes Personal für eine dynamische Wirtschaft uner-
106 lässlich. Fachkräftemangel ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu einer rea-
107 len Gefahr für Deutschlands künftige wirtschaftliche Dynamik geworden. Die Antwort auf diese
108 Problematik muss in erster Linie in der Bildungspolitik gesucht werden. Anstatt sich an immer wie-
109 derkehrenden Schulstrukturdebatten abzuarbeiten, müssen hier in Zukunft wieder die Inhalte im
110 Vordergrund stehen. Ein Industrieland wie Deutschland kann sich Nachwuchsprobleme in wichti-
111 gen Schlüsseldisziplinen schlichtweg nicht leisten. Wie bei Kindern und Jugendlichen Begeisterung
112 für Wissenschaft und Technik einerseits geweckt und andererseits unterschiedlichen Vorausset-
113 zungen gerecht gefördert werden kann, ist eine entscheidende Frage. Leuchtturmprojekte wie
114 beispielsweise die IdeenExpo in Niedersachsen können dafür Wege aufzeigen, die aber auch im
115 Alltag unserer Bildungslandschaft konsequent verfolgt werden müssen.

116 **Visionen und Realpolitik**

117 Die Junge Union fordert von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern in der Union, die
118 genannten Themenfelder durch große Leitlinien in der Breite zu besetzen und mittelfristig in Ge-
119 setze und Verordnungen zu gießen. Wenn sich aus den großen Leitlinien dann einzelne Maßnah-
120 men in der realen Tagespolitik systematisch und für den Bürger transparent ableiten lassen, ent-
121 steht Verlässlichkeit und Klarheit in der Politik.